

**Autor:** Stratmann, Klaus**Seite:** 007**Ressort:** Wirtschaft & Politik**Gattung:** Tageszeitung**Nummer:** 026**Auflage:** 111.670 (gedruckt) 123.473 (verkauft)  
127.286 (verbreitet)**Reichweite:** 0,42 (in Mio.)

# Minister warnen vor dem Ende der Stahlindustrie

Gabriel und Kollegen schreiben Brandbrief an EU-Kommission.

Klaus Stratmann Berlin.

In einem gemeinsamen Brandbrief an die EU-Kommission warnen die Wirtschaftsminister von Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Belgien und Luxemburg vor existenzbedrohenden Belastungen für die europäische Stahlindustrie durch chinesisches Dumping. Die Europäische Union könne nicht untätig zusehen, wenn die "akute Gefahr eines Zusammenbruchs des europäischen Stahlsektors besteht", heißt es in dem Brief, der dem Handelsblatt vorliegt.

Zu den Unterzeichnern zählt neben Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel auch dessen französischer Amtskollege Emmanuel Macron. Die Lage der Stahlindustrie steht beim deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsministerat am Dienstag auf der Tagesordnung. Die europäischen Institutionen müssten nun rasch "starke Maßnahmen" ergrei-

fen, heißt es in dem Brief. Dazu zählten handelspolitische Schutzinstrumente im Rahmen der WTO-Regeln und weitere Instrumente zur Unterstützung der Branche, etwa durch die Förderung von Innovationen.

Die europäischen Stahlhersteller stehen massiv unter Druck. Eine der Ursachen liegt in China. Dort sind die Produktionskapazitäten stark gestiegen, gleichzeitig sinkt die chinesische Inlandsnachfrage. Chinesische Hersteller überschwemmen daher die Weltmärkte mit Stahl, der zu Dumpingpreisen angeboten wird.

Wegen verschiedener Stahlprodukte sind zwar bereits Anti-Dumping-Verfahren gegen China bei der EU-Kommission anhängig. Diese müssten aber rasch abgeschlossen und umgesetzt werden, fordern die Unterzeichner des Briefs.

Grundsätzlich sollte die Kommission

außerdem "nicht abwarten, bis der Schaden aufgrund unfairer Praktiken für unsere Industrie unumkehrbar ist". Sie müsse stärker als bislang auf eigene Initiative Prüfverfahren eröffnen und ihre Untersuchungen schneller abschließen.

Unabhängig von den handelspolitischen Aspekten erinnern die Minister die Kommission an die Zusage des Europäischen Rats von Oktober 2014, energieintensive Branchen wie die Stahlindustrie bei den bevorstehenden Reformen des Emissionshandels nicht zu benachteiligen. Es sei von "enormer Bedeutung, dass diese Vorgabe des Europäischen Rats im vollen Umfang umgesetzt wird", schreiben die Minister. Den bisherigen Planungen der Kommission zufolge könnten den energieintensiven Branchen erhebliche Nachteile entstehen.

**Wörter:** 289**Urheberinformation:**

Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2016: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited. Hinweis in eigener Sache: Handelsblatt jetzt auch auf Englisch. Ergänzen Sie Ihre Pressespiegel um die "Handelsblatt Global Edition", die englischsprachige Digitalausgabe des Handelsblatt. Internet:<http://global.handelsblatt.com>